

Deutschland - Europa - Rußland: Impulse für eine Partnerschaft

Timmermann, Heinz

Veröffentlichungsversion / Published Version
Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Timmermann, H. (1998). *Deutschland - Europa - Rußland: Impulse für eine Partnerschaft*. (Aktuelle Analysen / BIOst, 18/1998). Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-47449>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Deutschland – Europa – Rußland

Impulse für eine Partnerschaft

Zusammenfassung

Seit Herbst 1997 bildet Europa einen Schwerpunktbereich in den russischen Außenbeziehungen. Geoökonomische Überlegungen treten dabei gegenüber traditionellen geostrategischen Ansätzen in den Vordergrund. Ausschlaggebend für die neue Akzentsetzung ist, daß mächtige Wirtschafts-, Finanz- und Handelsgruppen starken Einfluß auf die Formierung der internationalen Beziehungen Rußlands gewonnen haben. Sie sind an einem friedlichen Umfeld für ihre Aktivitäten interessiert. Diese Konstellation bietet Deutschland und den Europäern begrenzte Chancen, auf die zukünftigen Entwicklungen in Rußland Einfluß zu nehmen.

Reform-Zar Peter als Vorbild

Als der frühere russische Ministerpräsident Tschernomyrdin im Oktober 1997 die Niederlande besuchte, erwähnte er natürlich den Zaren Peter als ein Stück gemeinsamer holländisch-russischer Geschichte. Dies wäre angesichts des Anlasses nicht weiter bemerkenswert. Interessant aber ist, *was* er an der Person des Zaren hervorhob: Er pries den Zaren als großen Reformen, der das rückständige Rußland nach Europa geöffnet, auf den Weg zum Fortschritt geführt und damit zur Großmacht erhoben habe. Ganz ähnlich gehe es auch heute darum, so Tschernomyrdin, in einer Synthese aus westlichen Werten und russischen Traditionen die radikale Transformation in Richtung auf eine effektive Marktwirtschaft und eine entwickelte Bürgergesellschaft weiterzutreiben. Eine herausragende Lehre der Reformen Peters liege darin, daß sie die notwendigen Voraussetzungen für erfolgreiche Rußland-Aktivitäten westlicher Geschäftsleute und für eine umfassende Übertragung westlichen Know-hows geschaffen hätten. Das Lob Tschernomyrdins hatte sicher etwas mit dem Land der Veranstaltung zu tun, in dem der junge Zar Peter seine Ausbildung erhalten hatte. Vor allem aber symbolisierte es das Bestreben relevanter Teile der russischen Führung, in ihrer Öffnung zur Außenwelt die *europäische* Richtung zu betonen. Tatsächlich hat diese Tendenz jüngst auch in der aktuellen Politik Rußlands ihren Ausdruck gefunden. Beispiele sind: die bilateralen Treffen Jelzins mit den Staats- und Regierungschefs sämtlicher größerer EU-Staaten; die Verweise des Präsidenten auf die Bedeutung des Europarats, am ausgeprägtesten anlässlich des Straßburger Gipfels vom Oktober 1997 (Jelzin: Instanz einer gesamteuropäischen "Partnerschaft für die Demokratie"); schließlich die Würdigung des Partnerschaftsabkommens EU-Rußland vom Dezember 1997 zum Abschluß des Ratifizierungsprozesses (Außenminister Primakow: "ein mächtiger Integrationsmechanismus"). An dieser Grundlinie dürfte auch die Ablösung der Regierung Tschernomyrdin und die Berufung von Ministerpräsident Kirijenko

nichts Grundsätzliches ändern. Mittlerweile sind es weniger einzelne Personen als vielmehr konkrete Interessengruppen, die die Politik Rußlands wesentlich mitbestimmen.

In die proeuropäische Tendenz fügt sich die pragmatische Politik Moskaus gegenüber seinen westlichen Nachbarn: die Bereitschaft, Kontroversen mit Staaten der GUS einvernehmlich zu regeln (Freundschaftsvertrag mit der Ukraine), den Ausgleich mit einzelnen baltischen Staaten zu suchen (Grenzabkommen mit Litauen), sich konstruktiv und engagiert an den Arbeiten des Ostsee- und Barentseerats zu beteiligen sowie den anvisierten EU-Beitritt ostmitteleuropäischer Staaten einschließlich der Balten als wichtigen Beitrag zum ökonomischen Zusammenwachsen Europas zu interpretieren. Sollten sich diese Tendenzen verdichten, so ist zu erwarten, daß Rußland in Zukunft eine aktivere Politik auch gegenüber den bislang von ihm vernachlässigten Staaten Ostmitteleuropas entwickelt.

Die *Motive* der Moskauer Führung, sich im Rahmen ihrer Strategie des "Multipolarismus" verstärkt auf Europa zu orientieren, sind vielfältig. Stark vereinfacht lassen sie sich auf folgende Punkte zuspitzen: Ökonomisierung der Außenbeziehungen zu Lasten geopolitischer und geostrategischer Ansätze; Schmieden informeller Allianzen gegen den "Unipolarismus" der USA; Abwehr von als gravierend empfundenen Gefahren, im Zuge der Erweiterung von EU und NATO von den euro-atlantischen Integrationsprozessen abgeschnitten und nach Asien zurückgestoßen zu werden; Nutzung des Entwicklungspotentials im Sinne der Komplementarität, ohne daß seitens der EU imperiale Ambitionen in Bezug auf Rußland zu befürchten wären.

Von der Geostrategie zur Geoökonomie?

Aus westlicher Sicht wiegt im Moskauer Motivationsbündel am schwersten der pragmatische Ansatz einer Ökonomisierung der internationalen Beziehungen Rußlands, die "Stärkung des wirtschaftlichen Vektors der Außenpolitik" (Jelzin in seiner Botschaft an den Föderationsrat vom 18. Februar 1998). Dies läuft auf einen historischen Bruch mit den überkommenen Prioritäten und Methoden der Wahrnehmung russischer Interessen hinaus und ist geeignet, Rußland zu einem besser berechenbaren, auf Interessenausgleich und Interdependenz bedachten Partner des Westens zu machen. Tatsächlich fügt sich die verstärkte Ausrichtung Rußlands auf Europa ein in eine Gesamtstrategie, wie sie in Jelzins Entwurf für eine "Konzeption der Nationalen Sicherheit" fixiert wurde (Dezember 1997). Besonders hervorzuheben sind daraus folgende Argumentationslinien:

Militärische Sicherheit bilde heute nur *einen* Aspekt der nationalen Sicherheit, und nicht den wichtigsten. In den Vordergrund rückten vielmehr Gefahren für die innere Sicherheit in den Bereichen Politik, Wirtschaft, Soziales, Umwelt, Information und geistige Orientierung. Dies entspricht in hohem Maße dem im Westen geläufigen, umfassenden Sicherheitsbegriff. Weiter heißt es: Angesichts des Fehlens großräumiger Aggressionsdrohungen gegen Rußland sei es verantwortbar, die nationalen Ressourcen auf die Lösung der komplexen inneren Probleme zu konzentrieren. Solche Prioritätensetzungen erhöhen die Chancen Deutschlands und der Europäer, sich als erfolgreiche Transformations- und Modernisierungspartner Rußlands zu profilieren. Und schließlich: Zur Konsolidierung seines Status als Großmacht in einer multipolaren Welt sucht Rußland der "Konzeption" zufolge die gleichberechtigte Partnerschaft mit den anderen Großmächten. Folgerichtig erklärt sie die Vollmitgliedschaft Rußlands in all jenen Organisationen zum Ziel, die sich mit dem kollektiven Management der globalen politischen, wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Prozesse befassen. Die besondere Akzentsetzung auf Handel, wissenschaftlich-technische Kooperation und Finanzwesen unterstreicht die Bedeutung, die die Jelzin-Führung der Einschaltung Rußlands in die weltwirtschaftliche Arbeitsteilung beimißt. Diese Strategie trifft sich mit ähnlichen Bestrebungen Deutschlands und der Europäer.

Die Schwerpunktsetzung der "Konzeption" ist kein Zufall. Vielmehr verweist sie darauf, daß unter der Vielzahl außenpolitischer Akteure mächtige Wirtschafts- und Handelsgruppen starken Einfluß auf die Formierung der internationalen Beziehungen Rußlands gewonnen haben: Finanz-

Industriegruppen unter Führung von Großbanken; exportorientierte Gas- und Erdölfirmen mit ihren rapide nach Westeuropa ausgreifenden Pipelines; übernational wettbewerbsfähige Unternehmen aus dem Rüstungs-, Luftfahrt- und Raumfahrtsektor. Erstmals in der Geschichte Rußlands haben damit bei der außenpolitischen Entscheidungsbildung ökonomische Faktoren im Verhältnis zu geostrategischen oder ideologischen Motivationen einen höheren Rang. Als Gewinner der Umbrüche in Rußland sind diese Gruppen nicht an Abgrenzungsstrategien oder internationalen Konflikten mit dem Westen interessiert. Im Gegenteil: Für sie führt der Weg zum Aufschwung Rußlands ausschließlich über eine Zivilisierung, Modernisierung und Internationalisierung der russischen Wirtschaft, und dies setzt ein friedliches internationales Umfeld sowie Partnerschaft mit dem Westen voraus. Sie sind bestrebt, die mit der Öffnung zur Welt gebotenen neuen Chancen zu nutzen statt an das vergangene Erbe der Sowjetunion anzuknüpfen. Stichworte für diese Strategie sind u.a.: Gleichberechtigte Mitgliedschaft im Rahmen der G7/8-Gipfel; Beitritt zu den globalen und regionalen Wirtschaftsorganisationen; Zugang zu den westlichen Finanzmärkten; Übernahme von Anteilen strategisch wichtiger Rohstoffquellen, Unternehmensgruppen und Pipelinesystemen in der GUS; Nutzung des Partnerschaftsabkommens mit der EU als der stärksten und engagiertesten Modernisierungspartnerin Rußlands.

Verbündete bei der Öffnung nach außen finden die genannten Wirtschafts- und Finanzgruppen bei den prowestlich ausgerichteten Demokraten (Jawlinskij, Gajdar) und zunehmend auch unter den Regionen. Sie alle lassen sich von der Einsicht leiten: In einer interdependenten und transparenten Welt ist die Verfolgung von Sonderwegen problematisch und kontraproduktiv. Diese Einsicht, die zu einem allmählichen Paradigmenwechsel russischer Identitätsgrundlagen führen könnte, trifft insbesondere auf solche Regionen zu, die wirtschaftsreformorientiert sind und/oder die Rohstoffe oder weltmarktfähige Produkte anzubieten haben. Solche Regionen, zu denen beispielsweise Moskau, St. Petersburg, Samara, Saratow, Nishnij-Nowgorod, Nowgorod, Tatarstan und Jekaterinburg gehören, entwickeln in zunehmendem Umfang *eigene* Außenbeziehungen, insbesondere im Handel, beim Anlocken von Direktinvestitionen und durch Heranziehen von Auslandskapital mittels Platzierung von Schuldverschreibungen. Dies hat wichtige Implikationen für Rußland und die internationale Gemeinschaft. In Zukunft wird das Moskau-zentrierte Herangehen durch Beziehungen zu aufstrebenden regionalen Machtzentren ergänzt werden müssen.

Gewiß ist die Strategie der Reformer fragil und von Rückschlägen zugunsten traditionellen Großmachtdenkens bedroht. Solche Rückschläge wären: Negative Auswirkungen von Turbulenzen der internationalen Finanzmärkte auf Rußland; Konfrontation mit dem Westen in der Irak-Krise; Konflikte über eine zweite Welle von NATO-Beitritten. Hinzu kommt, daß auch die Reformer keineswegs eine problemlose Partnerschaft des Westens mit Rußland garantieren. Belastungen könnten sich etwa aus der Vermachtung der russischen Wirtschaft durch oligarchische Konglomerate ergeben, die – mit Teilen des Staatsapparats verwachsen – den Aktivitäten westlicher Konkurrenten Grenzen setzen. Ein anderes Beispiel ist das mangelnde Wissen der Moskauer Führung über Charakter und Wirkungsweise der EU-Integration sowie daraus erwachsende wechselseitige Fehlperzeptionen. Gleichwohl bietet die gegenwärtige Kräftekonstellation in der russischen Führung für den Westen ein "window of opportunity": Erneute Einflußgewinne für die Verlierer der Transformation (Radikalkommunisten, extreme Nationalisten, Vertreter der Armee, des Militär-Industrie-Komplexes, der Sicherheitsapparate, des Agrarsektors etc.) würden eine Partnerschaft illusorisch machen und bestenfalls durch eine konfliktreiche Kooperation ersetzen. Die Unterstützung der Reformgruppen liegt daher im Interesse Deutschlands und Europas. Wie lassen sich diese Interessen definieren?

Die Interessen Deutschlands und seiner Partner

Auch in Zukunft wird eine der wichtigsten Aufgaben westlicher Rußlandpolitik darin bestehen, Entwicklungen zu fördern, die das Land wegführen von den autoritär-imperialen Traditionen und dem bewußten "Anderssein" hin zu einem "normalen" europäischen Staat. Diese "Normalität" bedeutet keine Einebnung der besonderen Traditionen und Bedingungen des Landes. Auch die Nationen

Westeuropas haben in der EU ihre politische und kulturelle Vielfalt bewahrt. Vor diesem Hintergrund lassen sich die zentralen Interessen Deutschlands und seiner Partner folgendermaßen definieren:

Moskau beachtet den demokratischen Grundkonsens, wie er beispielsweise im Partnerschaftsvertrag EU-Rußland fixiert wurde. Dazu gehören Rechtsstaatlichkeit, Achtung der Menschenrechte (einschließlich Minderheitenrechte) sowie Aufbau eines Mehrparteiensystems mit freien und demokratischen Wahlen. Das wäre eine große Leistung, blickt doch Rußland nicht nur auf 70 Jahre kommunistischer Diktatur, sondern auf 700 Jahre autoritärer Herrschaft zurück. Unter der Prämisse demokratischen Wandels ist der Westen an einem stabilen russischen Staat interessiert, der seine traditionelle Abgeschlossenheit überwindet und mit einem neuen Selbstbewußtsein als aktiver Mitgestalter der internationalen Politik auftritt. Von einer so disponierten Großmacht Rußland gehen weit weniger Gefahren aus als von einer "Großbohnmacht" Rußland mit ihrem Chaospotential.

Westliches Interesse an einer starken Staatsmacht in Rußland hat darüber hinaus auch eine wirtschaftliche Dimension: Nur ein starker und effizienter Staat kann jene Rahmenbedingungen und Mechanismen schaffen und durchsetzen, die private Anleger aus dem In- und Ausland zu massiven Investitionen stimulieren. In dem Maße, wie Rußland die innere Modernisierung vorantreibt und sich mit einer ausdifferenzierten Exportpalette in die Weltwirtschaft eingliedert, steigen die Exportchancen westlicher Unternehmer in das riesige Land. Dies gilt um so mehr, wenn Rußland seine Politik konsequent fortsetzt, sich aktiv in die internationalen Organisationen einzuschalten und dort eine partnerschaftliche Rolle zu spielen. Unter diesen Voraussetzungen liegt es im Interesse Deutschlands und seiner europäischen Verbündeten, daß Rußland als internationaler Akteur einen seiner Größe und Bedeutung angemessenen Platz einnimmt.

Und schließlich: Die Beziehungen zu Rußland dürfen nicht auf Kosten der Ostmitteleuropäer entwickelt werden. Gleichzeitig ist die Partnerschaft mit Rußland so zu gestalten, daß sie dem Land im Zuge der Öffnungsprozesse von EU und NATO nach Osten das Gefühl vermittelt, seinerseits als untrennbarer Bestandteil Europas wahrgenommen und behandelt zu werden. Das würde russische Urängste reduzieren, isoliert und aus Europa ausgegrenzt zu werden. Solche Ängste sind viel stärker ausgeprägt als die relativ gering eingeschätzten sicherheitspolitischen Gefahren einer Öffnung westlicher Organisationen nach Osten. Zugleich würde eine Strategie der Verzahnung statt Ausgrenzung die Chance steigern, gerade über die dann fest eingebundenen Ostmitteleuropäer europäische Konzeptionen und Werte auf Rußland einwirken zu lassen.

Konsequenzen für die Politik gegenüber Rußland

Diese Interessenlage sollte Deutschland und seine Verbündeten darin bestärken, Rußland auch in Zukunft in einer integrativen und partnerschaftlich angelegten Gesamtstrategie als gleichberechtigten und aktiven Mitgestalter in die euro-atlantischen Prozesse einzubeziehen, insbesondere durch konsequente Anwendung des Partnerschaftsvertrages EU-Rußland und der Grundakte NATO-Rußland. Eine solche Strategie des Übergangs von der Kooperation zur Partnerschaft fördert den Wandel und konstituiert zugleich Bindungen, die bei einem Rückfall in inakzeptable Politikmuster (Beispiel: Tschetschenienkrieg) für Rußland erhebliche politische und ökonomische Kosten nach sich zögen. Hierbei sollten folgende Punkte berücksichtigt werden:

Perzeption der EU: In Rußland wird die EU auch weiterhin fast ausschließlich als Wirtschafts- und Handelsmacht gesehen, nicht jedoch als überregional operierende Macht mit wachsendem politischen Eigengewicht. Der Charakter der Integration wird ebenso verkannt wie die politische Finalität der Union. Zu den Ursachen für dieses Unverständnis zählen insbesondere: die Prägung durch die Erfahrungen im RGW, der keine wirkliche Integration kannte, sondern als Mechanismus zwischenstaatlicher Kooperation hierarchisch auf die Sowjetunion zugeschnitten war; der Vorrang des Denkens in politischen und militärischen Kategorien, wobei die von wachsenden wirtschaftlichen Verflechtungen ausgehende Integrationsdynamik unterschätzt wird; die Geringschätzung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, die aufgrund ihrer komplizierten Entscheidungsbildung und geringen Kompe-

tenzen in Moskau noch nicht ernst genommen wird. Einen allmählichen Wandel der verkürzten Moskauer Wahrnehmung könnte die Ökonomisierung der russischen Außenpolitik in dem Sinne bewirken, daß die EU als weltweit stärkste Handelsmacht zunehmend auch als politischer global player zur Kenntnis genommen wird. Einen mächtigen Impuls erhielte ein solches Umdenken in Moskau, wenn der Euro dem Dollar als Reservewährung Konkurrenz machen und ihn in Rußland und im GUS-Bereich womöglich sogar verdrängen würde. Die Aussichten hierfür scheinen günstig, bilden doch die EU und ihre Mitgliedstaaten den weitaus wichtigsten Handelspartner (40 Prozent) und Direktinvestor (50 Prozent) Rußlands. Bislang beträgt der Handel zwischen Rußland und der EU nach Schätzungen westlicher Experten sogar nur rund ein Drittel des Niveaus, das angesichts der Höhe des russischen Sozialprodukts und Rußlands Nähe zu den Märkten der EU zu erwarten wäre. Außenwirtschaftliche Öffnung und Transformation haben in Rußland noch nicht zu einer Normalisierung der regionalen Handelsverflechtung mit der EU geführt, sie sind daher potentiell stark ausbaufähig.

Perspektiven einer EU-Mitgliedschaft: Hochrangige russische Politiker, auch Jelzin, haben wiederholt die Frage nach einer EU-Vollmitgliedschaft aufgeworfen. Da eine solche Perspektive auf absehbare Zeit unrealistisch scheint, empfiehlt es sich aus politisch-psychologischen Gründen, wenigstens ein Verhältnis *sui generis* in Aussicht zu stellen, das in der Substanz über eine Assoziation hinausginge, doch unterhalb der Schwelle einer Beitrittsoption bliebe. Dies würde Rußland einen zusätzlichen Anreiz geben, sein Wirtschaftssystem an EU-Standards, -Normen und ordnungspolitische Rahmenbedingungen anzupassen. Die Europäer sollten die Frage einer potentiellen EU-Mitgliedschaft Rußlands offenlassen und statt dessen dazu auffordern, zunächst den Partnerschaftsvertrag mit Leben zu erfüllen.

Gemeinsame Projekte: Deutschland und seine europäischen Partner verstehen sich zu Recht als Anwältinnen bei der Einbeziehung Rußlands in die internationalen Handels- und Finanzorganisationen. Perspektivreich sind darüber hinaus so unterschiedliche Formen praktischer Kooperation wie die Beteiligung von Shell und ENI an Gasprom, die Rüstungsprojekte AN 70 und MIG 29, Pläne für einen nördlichen Gaskorridor Rußland-Finnland-Schweden-Deutschland. Bei der Integration des russischen Erdgasmonopolisten Gasprom in den europäischen Gasmarkt hat Deutschland strategische Bedeutung als Knotenpunkt für Gaslieferungen. Die Konzentration auf russische Wirtschaftsinteressen fördert die friedliche Außenpolitik Moskaus und stärkt die sie tragenden politischen Kräfte. Das Interesse Rußlands am Ausbau seiner europäischen Richtung würde durch wachsende Wirtschaftsverflechtung weiter zunehmen.

Ostmitteleuropa: Deutschland hat ein starkes Interesse an konstruktiven Beziehungen zwischen den Staaten Ostmitteleuropas und Rußland. Eine kohärente und kooperative Politik Rußlands gegenüber den Staaten Ostmitteleuropas ist jedoch auch in Ansätzen noch nicht erkennbar. Ähnliches gilt für die Rußlandpolitik der ostmitteleuropäischen Staaten. Der Westen sollte gerade auch in der Perspektive der bevorstehenden NATO- und EU-Erweiterung beide Seiten stimulieren, ein kooperatives Verhältnis zueinander zu entwickeln und auf diesem Gebiet aktiver zu werden. Das setzt freilich eine klar definierte Politik Rußlands gegenüber diesen Staaten voraus, wozu Moskau ermuntert werden sollte. Dazu gehört eine deutliche Distanzierung von den Hegemonie- und Dominanzansprüchen sowie den daraus folgenden Repressionen der Sowjetzeit, z.B. von den unter Zwang abgeschlossenen Verträgen mit den baltischen Staaten von 1940. Auch hat die Moskauer Politik den glaubwürdigen Verzicht auf den Anspruch einzuschließen, die souveränen Staaten dieser Region nach ihrem erfolgreichen Kampf für die Unabhängigkeit erneut zu Objekten besonderen russischen Interesses und Einflusses zu machen.

Engagement in den Regionen: Eine historisch neue Erscheinung ist das Eigengewicht der 89 "Subjekte" der Russischen Föderation (21 Republiken, 66 Verwaltungseinheiten plus die Städte Moskau und St. Petersburg). War Rußland bis dahin durch zaristischen Autoritarismus und KPdSU-Diktatur zentralistisch geprägt, so ist die Entwicklung seit 1990 durch die Suche nach rechtlich fixiertem Interessenausgleich zwischen Zentrum und Regionen bestimmt. Seit neben den Republikchefs auch

die regionalen Verwaltungsleiter gewählt (und nicht mehr von Jelzin ernannt) werden, haben sich Selbstbestimmung und Eigenentwicklung der Regionen noch stärker ausgeprägt. Aus ihrer spezifischen Interessenlage heraus sind die regionalen Eliten eher Gegner einer konfrontativen Außenpolitik, weil diese auf eine Remilitarisierung des Landes und damit eine Rezentralisierung hinauslaufen würde. Da die russischen Regionen Beziehungen in verschiedene Teile der Welt knüpfen, wird die Politik Moskaus künftig die daraus erwachsenden internationalen Interdependenzen stärker berücksichtigen müssen. Vor diesem Hintergrund könnte westliche Förderung der russischen Transformationsprozesse dadurch optimiert werden, daß sie sich noch stärker auf die Entwicklung in den Regionen konzentriert. Angesichts der Dynamik marktwirtschaftlicher Beziehungen gehen wichtige Impulse für ökonomische Strukturreformen, Handel und Kontakte zum Ausland heute in wachsendem Maße von den an Eigenprofil gewinnenden Regionen aus. Eine wirtschaftliche Gesundung der Föderationssubjekte könnte darüber hinaus dazu führen, daß die Menschen in den Regionen westliche Unterstützung nicht ausschließlich als Programme für "Neureiche" in Moskau erfahren. Nur dann, wenn westliche Förderung spürbare Auswirkungen auf die Lebensverhältnisse der Menschen in der Provinz hat, wird der Reformkonsens wachsen und antiwestliche Propaganda nicht länger auf fruchtbaren Boden fallen.

Kulturelle Impulse: Die politischen Beziehungen, die Wirtschaftsverflechtungen und die militärische Kooperation Deutschland-Rußland weisen eine bemerkenswerte Dichte auf. Ähnliches gilt für bestimmte NGO-Bereiche und hier insbesondere für die mittlerweile mehr als 70 Städtepartnerschaften als Verklammerung der Bürgergesellschaften und als Katalysatoren übergreifender Reformprozesse. Dagegen entsprechen die kulturellen Beziehungen durchaus nicht der Intensität, wie sie zwischen gutnachbarlichen Nationen üblich ist. Das ist problematisch, weil diese Dimension – in Rußland mehr noch als in Deutschland – als wichtiger Indikator für die Nähe der Völker gilt. Die Intensivierung der Kulturbeziehungen, im Partnerschaftsvertrag übrigens ausdrücklich anvisiert, würde als Indiz dafür gewertet: Den Europäern geht es in ihrem Verhältnis zu Rußland nicht nur um Materielles, sondern auch um den Austausch von Ideen, geistigen Werten und Kunstgütern.

Neue Generationen

Ganz wichtig wäre es, das Interesse der jungen Generationen für das jeweils andere Land wachzuhalten bzw. immer wieder neu zu wecken. Hierzu könnte das anvisierte, in den Städten und Regionen dezentral zu organisierende deutsch-russische Jugendwerk (nach dem Beispiel analoger Institutionen mit Frankreich und Polen) einen herausragenden Beitrag leisten. Denn es ist keineswegs ausgemacht, daß die heranwachsenden Generationen – insbesondere in Deutschland – den Beziehungen zu Rußland ähnlich große Aufmerksamkeit schenken werden wie die Älteren, die sich im Guten (deutsche Vereinigung) wie im Schlechten (Zweiter Weltkrieg mit seinen Folgewirkungen) emotional stark mit Rußland verbunden fühlen. In Rußland seinerseits wächst eine Generation in die Verantwortung hinein, die von den Erfahrungen einer Öffnung des Landes im Innern und nach außen geprägt ist (der neue Ministerpräsident Kirijenko z.B. ist Jahrgang 1962). Das schafft gute politische Voraussetzungen für eine Partnerschaft Rußland-Deutschland-EU. Allerdings muß dabei in Rechnung gestellt werden, daß die Vorkämpfer der europäischen Richtung Rußland nicht einfach "verwestlichen" und in Europa aufgehen lassen wollen. Auch sie wünschen, daß Rußland einen eigenen unabhängigen Schwerpunkt im eurasischen Raum bildet; auch sie denken nicht an eine Vergemeinschaftung wichtiger Teile der nationalen Souveränität. So werden die Beziehungen Deutschlands und seiner Partner zu Rußland als einem europäischen Staat selbst dann, wenn sie sich weiter verdichten, einen spezifischen Charakter behalten.

Heinz Timmermann

© 1998 by Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe gestattet.
Belegexemplare erwünscht.

Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Lindenbornstr. 22, D-50823 Köln,
Telefon 0221/5747-0, Telefax 0221/5747-110; Internet: <http://www.uni-koeln.de/extern/biost>

ISSN 0945-4071